



SATZUNG

des Bundesverbands Deutscher Kinderausstattungs-Hersteller e. V. (BDKH)

Die Satzung wurde am 12.09.2013 errichtet.

§ 1

Name, Rechtsform, Sitz und Geschäftsjahr

1. Die deutschen Kinderausstattungs-Hersteller bilden eine Interessen- und Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen „Bundesverband Deutscher Kinderausstattungs-Hersteller“ – nachstehend „Verband“ genannt – Der Verband soll in der Rechtsform des Vereins gegründet und in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach Eintragung führt der Verein den Zusatz „e. V.“.
2. Der Verband ist ein Verein gemäß § 21 BGB.
3. Der Verband hat seinen Sitz in Köln.
4. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
5. Der Verband wird auf unbestimmte Zeit gegründet.

§ 2

Zweck des Verbands

1. Der Verband hat die Aufgabe, alle gemeinsamen Belange der in ihm zusammengeschlossenen Unternehmen zu wahren und zu fördern. Er wird hierbei mit anderen Spitzenorganisationen des Unternehmertums zusammenarbeiten. Der Verband strebt die Mitgliedschaft in der European Nursery Products Confederation (ENPC) an.
2. Kernaufgaben zur Verwirklichung des Zwecks des Verbands sind:
 - (a) Werbung für und Schutz der Interessen des Verbands und seiner Mitglieder
 - (b) Förderung einer positiven Einstellung zur Branche in Politik, Verwaltung und Gesellschaft
 - (c) Verbesserung der Sicherheitsstandards bei Kinderausstattungsprodukten
 - (d) Dialog mit den relevanten Verbraucherorganisationen hinsichtlich der Sicherheit in Kinderausstattungsprodukten
 - (e) Interessenvertretung bei Bund und Ländern sowie bei internationalen Institutionen (EU-Kommission, EU-Parlament, UN etc.)
 - (f) enge Zusammenarbeit mit relevanten Ministerien und Behörden
 - (g) Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Verbänden/Organisationen
 - (h) Mitarbeit bei der Vorbereitung behördlicher Verfügungen, Verordnungen und Gesetze, welche die gemeinschaftlichen Interessen der Mitglieder betreffen
 - (i) Darstellung der Ziele des Verbands auf nationalen und internationalen Messen und Fachveranstaltungen
 - (j) Förderung der Erhebung von Marktdaten in der Kinderausstattungsbranche
3. Der Verband wird in seiner Mitgliederversammlung einen „Code of Conduct“ beschließen, in dem sich der Verband und seine Mitglieder zur Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen der Unternehmensführung sowie der Verbandsarbeit verpflichten, wozu insbesondere das Kartellverbot zählt. Der „Code of Conduct“ des Verbands wird keine Rechte Dritter begründen.
4. Der Verband übt keine gewerbliche Tätigkeit aus.

§ 3

Mitgliedschaft

1. Der Verband hat
 - (a) ordentliche Mitglieder,
 - (b) Fördermitglieder und
 - (c) Ehrenmitglieder.
2. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.
3. Ordentliche Mitglieder können alle Unternehmen mit Sitz oder einer Vertriebsstruktur in den deutschsprachigen Ländern werden, die dort einen signifikanten Umsatzanteil mit
 - (a) der Herstellung und dem Vertrieb von Kinderausstattung oder
 - (b) dem Import und der Vermarktung von Kinderausstattung erwirtschaften. Kinderausstattung in diesem Sinn umfasst: Kinderwagen, Baby- und Kindermöbel oder andere Dinge, die vorwiegend für Babys und Kinder produziert werden, oder Bestandteile und Zubehör der vorgenannten Produkte. Nicht umfasst sind Bekleidung oder Spielwaren für Kinder älter als drei Jahre.
4. Fördermitglieder können werden natürliche oder juristische Personen oder Personenvereinigungen, die der Branche nahestehen und die Erreichung der Zwecke des Verbands finanziell, materiell oder mit Dienstleistungen unterstützen möchten, ohne ordentliches Mitglied zu werden.
5. Aufnahmeanträge sind schriftlich an die Geschäftsstelle zu richten. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
6. Gründungsmitglieder sind:
 - (a) Artsana Germany GmbH
 - (b) Britax Römer Kindersicherheit GmbH
 - (c) Dorel Germany GmbH
 - (d) Lässig GmbH
 - (e) NWL Germany Services GmbH
 - (f) PEG Kinderwagenvertriebs- und Service GmbH
 - (g) Rotho Babydesign GmbH
7. Die Ehrenmitgliedschaft ohne Beitragspflicht kann Persönlichkeiten angetragen werden, die sich um den Verband besonders verdient gemacht haben. Über den Erwerb der Ehrenmitgliedschaft entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstands.

§ 4

Dauer der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Entscheidung über die Aufnahme durch den Vorstand. Die Entscheidung über die Aufnahme wird gegenüber dem Mitglied in Textform bestätigt.
2. Die Mitgliedschaft endet durch freiwilligen Austritt, durch Auflösung der Organisation des Mitglieds, durch Ausschluss des Mitglieds, durch Streichung des Mitglieds aus der Mitgliederliste oder bei natürlichen Personen durch Tod.
3. Der Austritt aus dem Verband ist nur zum Ablauf eines Kalenderjahres mit sechsmonatiger Kündigungsfrist zulässig. Die Kündigung der Mitgliedschaft erfolgt schriftlich gegenüber dem Vorstand. An die Satzung, die Beitragsordnung und etwaige weitere Verpflichtungen, wie z. B. Umlagen, bleibt das Mitglied bis zu seinem Ausscheiden weiter gebunden.

4. Handelt ein Mitglied den Interessen des Verbands trotz Aufforderung des Vorstands wiederholt zuwider oder würde sein Verbleiben in dem Verband das Ansehen des Verbands schädigen oder verletzt es satzungsmäßige Pflichten, so kann der Vorstand mit 3/4 Stimmenmehrheit beschließen, der Mitgliederversammlung den Ausschluss dieses Mitglieds aus dem Verband zu empfehlen. Die Mitgliedschaft ruht, bis der Ausschluss von der Mitgliederversammlung mit ¾ Stimmenmehrheit bestätigt ist. Vor dem Beschluss der Mitgliederversammlung ist das betroffene Mitglied zu hören.
5. Mitglieder, die den fälligen Beitrag trotz zweimaliger Aufforderung nicht bezahlt haben, können durch Beschluss des Vorstands durch Streichung von der Mitgliederliste ausgeschlossen werden. Die Aufforderungen erfolgen durch eingeschriebene Briefe in einem Zeitraum von mindestens vier Wochen zwischen den Absendetagen. Die Verpflichtung des Mitglieds zur Zahlung des Beitrags und der Erfüllung anderer Forderungen bleibt von der Streichung von der Mitgliederliste unberührt.
6. Mitglieder, die aus dem Verband ausscheiden oder ausgeschlossen werden, verlieren mit dem Tage ihres Ausscheidens oder Ausschlusses jeden Anspruch auf das Verbandsvermögen. Eingezahlte Beiträge werden nicht zurückgezahlt.

§ 5

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind an die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse des Verbands gebunden. Sie sind verpflichtet, die Mitgliedsbeiträge und Umlagen zu entrichten und dem Vorstand bzw., falls bestellt, der Geschäftsführung zur Durchführung ihrer Aufgaben sachdienliche Auskünfte termingerecht zu erteilen.
2. Ordentliche Mitglieder, die den Höchstsatz des Mitgliedsbeitrags (Beitragsklasse 03) gemäß der Beitragsordnung zahlen, haben ein dreifaches Stimmrecht. Ordentliche Mitglieder, die den mittleren Satz des Mitgliedsbeitrags (Beitragsklasse 02) gemäß der Beitragsordnung zahlen, haben ein doppeltes Stimmrecht. Ordentliche Mitglieder, die einen der beiden Mindestsätze des Mitgliedsbeitrags (Beitragsklasse 01 oder 00) gemäß der Beitragsordnung zahlen, haben ein einfaches Stimmrecht.
3. Fördermitglieder und Ehrenmitglieder haben kein Stimmrecht.
4. Die ordentlichen Mitglieder üben ihr Stimmrecht durch einen beauftragten Unternehmensangehörigen oder durch ein mit schriftlicher Vollmacht versehenes anderes Mitglied aus.
5. Die Mitglieder teilen dem Vorstand bzw., falls bestellt, der Geschäftsführung eine Postanschrift und eine E-Mail-Adresse mit, an die Einladungen zu Mitgliederversammlungen und sonstige Verbandsmitteilungen geschickt werden können. Die Mitglieder sorgen dafür, dass diese Angaben stets aktuell sind.

§ 6

Beiträge

1. Der Verband finanziert sich über die Beiträge der ordentlichen Mitglieder und Fördermitglieder. Ehrenmitglieder zahlen keinen Mitgliedsbeitrag.
2. Die Beiträge der ordentlichen Mitglieder werden nach der Beitragsordnung erhoben, die auf Vorschlag des Vorstands von der Mitgliederversammlung des Verbands festgelegt wird. Der Mitgliedsbeitrag der ordentlichen Mitglieder soll im Verhältnis zur Umsatzstärke des jeweiligen Mitglieds stehen. Die Beitragsordnung soll hierzu umsatzabhängige Beitragsklassen vorsehen. Die Mitglieder sind verpflichtet, sich selbst wahrheitsgemäß entsprechend ihrer Umsatzstärke in eine der Beitragsklassen einzuordnen. Die Einordnung ist regelmäßig zu überprüfen. Zur Festlegung der Beitragsordnung durch die Mitgliederversammlung ist einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich.

3. Auf Vorschlag des Vorstands kann die Mitgliederversammlung mit der einfachen Mehrheit der Stimmen beschließen, dass die ordentlichen Mitglieder eine allgemeine Umlage zur Deckung der Kosten von bestimmten, im Rahmen von Zweck und Aufgaben des Verbands stehenden Vorhaben leisten müssen. Die Umlage darf höchstens 50 % des Grundbeitrags des jeweiligen Mitglieds in dem Geschäftsjahr betragen; im Falle der unabdingbaren Notwendigkeit der Umlage für den Fortbestand des Verbands kann die Umlage auch höher sein. Ein Mitglied, das die Umlage nicht leisten will, kann seine Mitgliedschaft innerhalb von einer Woche nach Zugang der Zahlungsaufforderung außerordentlich zum Ende des Monats kündigen. In diesem Fall entfällt die Pflicht zur Zahlung der Umlage; § 4 Abs. 6 Satz 2 bleibt unberührt.
4. Die Höhe der Beiträge der Fördermitglieder legt der Vorstand im Einvernehmen mit dem betreffenden Fördermitglied fest. Die Beitragsordnung kann für die Beiträge der Fördermitglieder einen Mindestbetrag vorsehen.

§ 7

Organe des Verbands

1. Die Organe des Verbands sind:
 - (a) die Mitgliederversammlung und
 - (b) der Vorstand.
2. Der Vorstand kann die Einsetzung einer Geschäftsführung beschließen.

§ 8

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung behandelt in ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen die Angelegenheiten des Verbands von grundsätzlicher Bedeutung. Fördermitglieder und Ehrenmitglieder haben in der Mitgliederversammlung Teilnahme- und Rederecht entsprechend der ordentlichen Mitglieder.
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung, die den Rechenschaftsbericht entgegennimmt, über die Genehmigung des Haushaltsplanes und die Entlastung des Vorstands beschließt, soll nicht später als zum 30. Juni des folgenden Geschäftsjahres einberufen werden. Die Mitgliederversammlung behandelt im Übrigen folgende Angelegenheiten:
 - (a) Wahl des Vorstands und dessen Abberufung aus wichtigem Grund
 - (b) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Vorstands und Entlastung des Vorstands
 - (c) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans
 - (d) Festlegung der Höhe der Beiträge bzw. der Beitragsklassen für das jeweilige Geschäftsjahr im Rahmen der Beitragsordnung
 - (e) Umlagen auf Vorschlag des Vorstands
 - (f) Satzungsänderungen
 - (g) Ernennung von Ehrenmitgliedern
 - (h) Ausschluss von Mitgliedern gemäß § 4 Abs. 4
 - (i) Auflösung des Vereins
3. Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgt durch den Präsidenten oder, bei dessen Verhinderung, durch einen Vize-Präsidenten in Textform (insbesondere per E-Mail) an eine der gemäß § 5 Abs. 5 hinterlegten Adressen und hat für die ordentliche Mitgliederversammlung mindestens zwei Wochen, für die außerordentliche mindestens acht Tage vor der Versammlung zu erfolgen. Die Einladung hat die Tagesordnung zu enthalten. Der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Versammlung werden nicht mitgerechnet.

4. Die Tagesordnung der Mitgliederversammlung wird vom Vorstand festgesetzt. Jedes ordentliche Mitglied kann eine Ergänzung der Tagesordnung bis spätestens acht Tage im Falle einer ordentlichen Mitgliederversammlung oder spätestens vier Tage im Falle einer außerordentlichen Mitgliederversammlung schriftlich beantragen. Ob diese Ergänzung vorgenommen wird, liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Vorstands, der hierüber mit einfacher Mehrheit entscheidet. Sie ist aber vorzunehmen, wenn der Antrag von Mitgliedern, die in der Mitgliederversammlung mindestens 10 % der Stimmen auf sich vereinigen, unterstützt wird. Der Vorstand hat die Mitglieder spätestens drei Tage nach Ablauf der Frist des Satzes 2 über die geänderte Tagesordnung zu informieren.
5. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und wenigstens 50 % der Stimmanteile der ordentlichen Mitglieder vertreten sind.
6. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt. Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins bedürfen einer 3/4 Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
7. Ist eine Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so ist vom Vorstand eine zweite Mitgliederversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, die in jedem Fall beschlussfähig ist. Hierauf ist in der Einberufung hinzuweisen. Die Einberufung erfolgt unverzüglich mit einer Ladungsfrist von nicht weniger als einer und nicht mehr als vier Wochen nach der nicht beschlussfähigen Mitgliederversammlung.
8. Die Mitgliederversammlung wird vom Präsidenten und bei dessen Verhinderung von seinem an Lebensjahren ältesten Stellvertreter oder einer anderen, von der Mitgliederversammlung einstimmig gewählten Person geleitet.
9. Die Abhaltung der Mitgliederversammlung ohne physische Versammlung in Form einer Telefon- oder Videokonferenz oder auf andere Weise unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel ist zulässig, soweit keines der Mitglieder dem widerspricht.
10. Eine Beschlussfassung aufgrund schriftlicher Abstimmung ist zulässig, wenn Mitglieder, die in der Mitgliederversammlung die einfache Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen, ihre Zustimmung zu der schriftlichen Beschlussfassung erklärt haben. Im Falle der Beschlussfassung durch schriftliche Abstimmung hat derjenige, der die hierdurch ersetzte Mitgliederversammlung gemäß Abs. 8 zu leiten hätte, sämtlichen stimmberechtigten Mitgliedern in Textform die Beschlussvorlage zu übermitteln. Die Beschlussvorlage hat hierbei neben der Sachfrage auch die Frage zu enthalten, ob im Wege des schriftlichen Verfahrens abgestimmt werden soll. Zugleich ist den Mitgliedern eine angemessene Frist von nicht weniger als fünf Werktagen zu setzen, binnen derer die Antworten abzugeben sind. Nach Fristablauf eingehende Antworten sind nicht mehr zu berücksichtigen. Die Antworten sind an die Geschäftsstelle zu richten.
11. Die Beschlüsse jeder Mitgliederversammlung werden schriftlich niedergelegt. Die Niederschrift ist von dem Leiter der Versammlung zu unterzeichnen. Den Mitgliedern des Verbands ist je ein Abdruck der Niederschrift zuzusenden. Im Falle schriftlicher Abstimmung ist eine vom Präsidenten zusammen mit einem Vize-Präsidenten oder zusammen mit einem Geschäftsführer zu unterzeichnende Niederschrift über das Ergebnis anzufertigen und je ein Abdruck davon den Mitgliedern zuzusenden.
12. Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn die Einberufung von ordentlichen Mitgliedern, die mindestens 20 % der Stimmanteile auf sich vereinigen, in Textform unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.

§ 9

Vorstand

1. Der Verein wird durch zwei Mitglieder des Vorstands gemeinschaftlich gerichtlich und außergerichtlich vertreten.
2. Dem Vorstand obliegen insbesondere folgende Aufgaben:
 - (a) die Ziele für die Verbandspolitik und für die Führung des Verbands festzulegen;
 - (b) die aus der Verbandspolitik zu folgernden Führungsdirektiven zu treffen und notwendige Entscheidungen für die Umsetzung der Verbandspolitik in Geschäftsführungsaktivitäten herbeizuführen;
 - (c) über die Einsetzung einer Geschäftsführung zu entscheiden und die Richtlinien, nach denen die Geschäftsstelle geführt werden soll, zu erlassen und ein Mitglied des Vorstands mit deren Überwachung zu beauftragen;
 - (d) Fachausschüsse aus Mitgliedern des Verbands oder Angehörigen seiner Mitglieder für bestimmte Aufgaben einzusetzen und aufzulösen, deren Tätigkeit zu überwachen;
 - (e) Aufstellung des Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr, Buchführung, Erstellung eines jährlichen Rechenschaftsberichts (der insbesondere eine geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben enthalten muss);
 - (f) die Mitgliederversammlung vorzubereiten, zum Rechenschaftsbericht und zum Haushaltsplan Stellung zu nehmen;
 - (g) über Aufnahmeanträge gemäß § 3 Abs. 5 zu entscheiden und die Entscheidungen bei Beendigung der Mitgliedschaft zu treffen;
 - (h) über die Bestellung von Geschäftsführern bzw. deren Abberufung und deren Vergütung zu entscheiden.
3. Der Vorstand besteht aus 3 oder mehr, höchstens jedoch 6 Personen. Der Hauptgeschäftsführer, falls bestellt, soll an den Sitzungen und Beschlussfassungen des Vorstands teilnehmen, jedoch ohne Stimmrecht zu haben.
4. Besteht der Vorstand aus 6 Mitgliedern, soll
 - 1 Vorstandsmitglied Vertreter eines ordentlichen Mitglieds sein, welches überwiegend in der Produktparte Kinderwagen und Autokindersitze tätig ist,
 - 1 Vorstandsmitglied Vertreter eines ordentlichen Mitglieds sein, welches überwiegend in der Produktparte Baby- und Kindermöbelherstellung tätig ist, und
 - 1 Vorstandsmitglied Vertreter eines ordentlichen Mitglieds sein, welches überwiegend in der Produktparte Komponentenherstellung/Sicherheitsprodukte (außer Autokindersitze)/Zubehör tätig ist.Hat der Vorstand zunächst weniger als 6 Mitglieder, so hat seine Erweiterung auf 6 Mitglieder keine Auswirkungen auf das Amt und die Amtszeiten bereits bestellter Vorstandsmitglieder.
5. Der Präsident, im Falle seiner Verhinderung seine Stellvertreter, repräsentiert den Verband im Rahmen der Ziele der Verbandspolitik nach außen.
6. Von den Mitgliedern des Vorstands dürfen nicht mehr als ein Drittel zu einem einzelnen Unternehmen oder einem Konzern gehören oder Vertreter eines Verbandsmitglieds sein.
7. Die Mitgliedschaft im Vorstand ist eine persönliche. Wählbar sind:
 - (a) Firmeninhaber oder Mitglieder des Vorstands/der Geschäftsführung eines ordentlichen Mitglieds, oder
 - (b) vom Firmeninhaber oder Mitgliedern des Vorstands/der Geschäftsführung eines ordentlichen Mitglieds delegierte Angestellte dieses Mitglieds.Vorstandsmitglieder können wiedergewählt werden.
8. Die Mitgliedschaft im Vorstand erlischt mit
 - (a) dem Ausscheiden des Vorstandsmitglieds aus dem von ihm vertretenen ordentlichen Mitglied oder
 - (b) mit dem Ausscheiden des von ihm vertretenen ordentlichen Mitglieds aus dem Verband.

9. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Der gemäß § 8 Abs. 8 zur Leitung der Mitgliederversammlung Berufene bestimmt die Form und die weiteren Einzelheiten der Abstimmung. Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, so bestimmt das ordentliche Mitglied, das er vertreten/das ihn delegiert hat, das Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen; § 9 Abs. 10 findet insoweit keine Anwendung.
10. Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt 3 Jahre vom Tage der Wahl an gerechnet.
11. Die Vorstandsmitglieder bleiben auch nach Ablauf ihrer Amtszeit im Amt, bis die neuen Vorstandsmitglieder gewählt sind und sich der neue Vorstand konstituiert hat. Die Neuwahl der Vorstandsmitglieder soll innerhalb von drei Monaten vor Ablauf der Amtszeit der bisherigen Vorstandsmitglieder erfolgen.
12. Der Präsident und zwei Stellvertreter (Vize-Präsidenten) werden vom Vorstand aus dem Kreis der Vorstandsmitglieder mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Beschlussfähigkeit für die Wahl des Präsidenten und der Vize-Präsidenten erfordert die Anwesenheit von mindestens 50 % der Mitglieder des Vorstands.
13. Die Wiederwahl des Präsidenten und der Vize-Präsidenten ist möglich.
14. Der Präsident beruft die Sitzungen des Vorstands ein und führt den Vorsitz in den Sitzungen des Vorstands. Bei dessen Verhinderung wird die Sitzung von seinem an Lebensjahren ältesten Stellvertreter, bei Verhinderung beider Stellvertreter von dem an Lebensjahren ältesten Vorstandsmitglied geleitet. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.
15. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Vorstandsmitglieder mit einer Frist von 7 Tagen in Textform eingeladen worden sind und mindestens 2 stimmberechtigte Vorstandsmitglieder teilnehmen. Abwesende Vorstandsmitglieder, können mittels schriftlicher Stimmbotschaft, die von einem anderen Mitglied des Vorstands übermittelt wird, oder fernmündlich an der Beschlussfassung teilnehmen. Mündliche Stimmabgaben abwesender Vorstandsmitglieder sind in Textform zu bestätigen. Die Enthaltung eines stimmberechtigten Vorstandsmitglieds gilt als Teilnahme.
16. Die Beschlüsse werden, soweit die Satzung nicht ein anderes bestimmt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.
17. Beschlüsse können auch ohne Einberufung einer Sitzung im Wege schriftlicher, fernschriftlicher, telegrafischer, fernmündlicher oder elektronischer Abstimmung (auch in Telefon- oder Videokonferenzen) gefasst werden, wenn der Präsident oder im Falle seiner Verhinderung der an Lebensjahren älteste Stellvertreter dies bestimmt und jedes stimmberechtigte Mitglied des Vorstands ausreichende Möglichkeit hat, an der Beschlussfassung mitzuwirken.
18. Der Vorstand betraut ein Vorstandsmitglied mit der Aufgabe des Schatzmeisters. Der Schatzmeister stellt die Einnahmen und Ausgaben des Verbands geordnet zusammen, überwacht die Abwicklung des Haushaltsplans und hat den Gesamtvorstand unverzüglich zu unterrichten, wenn es zu Überschreitungen des Haushalts kommt.
19. Die Mitglieder des Vorstands üben ihr Amt ehrenamtlich aus.

§ 10

Geschäftsführung und Geschäftsstelle

1. In Abhängigkeit vom Beschluss des Vorstands gemäß § 7 Abs. 2 setzt sich eine mögliche Geschäftsführung aus einem oder mehreren Geschäftsführern zusammen. Aufgabe der Geschäftsführer ist die Ausführung der satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Verbandsorgane und die Führung der laufenden Geschäfte des Verbands, innerhalb der vom Vorstand erteilten Richtlinien.
2. Die Geschäftsführer werden vom Vorstand bestellt; Entsprechendes gilt für ihre Abberufung. Der Vorstand kann einen Hauptgeschäftsführer bestellen. Wird durch den Vorstand ein Hauptgeschäftsführer bestellt, so ist dieser – bei Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer – Vorsitzender der Geschäftsführung. Durch Vorstandsbeschluss können Geschäftsführer zu besonderen Vertretern des Verbands im Sinne des § 30 BGB für die Führung der Verbandsgeschäfte, insbesondere für die laufende Verwaltung bestellt werden.

3. Geschäftsführern und dem Hauptgeschäftsführer kann für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung gezahlt werden. Ob eine Vergütung gezahlt wird und falls ja, in welcher Höhe, entscheidet der Vorstand.
4. Der Verband kann mit Zustimmung des Vorstands Außenstellen unterhalten.

§ 11

Ausschüsse

1. Zur Behandlung bestimmter Aufgaben kann der Vorstand Ausschüsse einsetzen.
2. Die Ausschüsse unterstehen der laufenden Aufsicht des Vorstands, dem auf Verlangen über den Stand der Arbeiten zu berichten ist.
3. Eine Geschäftsordnung für die Bildung und Tätigkeit von Ausschüssen wird vom Vorstand beschlossen.

§ 12

Auflösung des Verbands

1. Der Beschluss über die Auflösung des Verbands kann nur mit 3/4 der Stimmen einer ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliederversammlung gefasst werden.
2. Nachdem die Verbandsorgane ihre Tätigkeit beendet haben und der Verband im Vereinsregister gelöscht ist, sollen die Schriftstücke und Urkunden des Verbands, soweit die Mitgliederversammlung nicht etwas anderes beschließt, der Industrie- und Handelskammer am Sitz des Verbands oder, falls dies nicht oder nur mit unverhältnismäßigem finanziellen Aufwand zu ermöglichen wäre, dem Unternehmen, dem der letzte Präsident des Verbands angehört hat, zu treuen Händen zur Aufbewahrung gegeben werden, mit der Bestimmung, sie nach zehn Jahren unveröffentlicht zu vernichten.
3. Bei Auflösung des Verbands bestimmt die letzte Mitgliederversammlung über die Verwendung des nach Abwicklung etwa verbleibenden Vermögens des Verbands.

§ 13

Gründungskosten

Die mit der Gründung und Eintragung des Verbands verbundenen Kosten trägt der Verband.

§ 14

Vorrang der deutschen Fassung

Der maßgebliche Text für diese Satzung ist der in deutscher Sprache abgefasste. Bei einer unterschiedlichen Auslegung des deutschsprachigen und englischsprachigen Textes hat also der deutschsprachige Vorrang.